



Abnehmen: Welche Diät ist die richtige für mich?

**Top-Themen:** Anmeldung zum Höchster Kreisstadlauf, Rente: Wie für das Alter absichern?, Testen Sie Ihr Wissen, SGE-Splitter: Eintracht aktuell, Bundesliga-Managerspiel,

28.01.2017

Politik in Mörfelden-Walldorf

## Koalition reagiert auf Kritik am Haushaltsentwurf

Nach dem Vorwurf der CDU, die Gewerbesteuereinnahmen seien im Haushalt 2017 bewusst zu niedrig veranschlagt, meldet sich nun die Koalition zu Wort. Sie hält ihrerseits die von der Union vorgelegten Zahlen für unrealistisch und zu riskant.



Die DKP/Linke Liste ist wie die CDU gegen eine Erhöhung der Grundsteuer B. Die Koalition will von ihrem Haushaltskurs nicht abweichen.

**Mörfelden-Walldorf.** Bereits bevor in den städtischen Gremien die Aussprache zum Haushaltsentwurf für 2017 so richtig begonnen hat, ist in der Doppelstadt eine politische Debatte um das im Dezember von Bürgermeister Heinz-Peter Becker (SPD) vorgelegte Zahlenwerk entbrannt. Nachdem die CDU erklärt hat, der Etat sei auch ohne eine Erhöhung der Grundsteuer B und der Kitagebühren zu stemmen, indem unter anderem die Kalkulation der Gewerbesteuereinnahmen optimistischer angesetzt werde (wir berichteten), meldet sich nun die Koalition aus SPD, Freien Wählern (FW) und FDP zu Wort.

„Es ist richtig, dass die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2016 aufgrund von Einmaleffekten deutlich höher lagen. Der Mittelwert der Jahre 2011 bis 2015 beträgt jedoch nur circa 15,9 Millionen Euro“, rechtfertigt die Koalition ihren Ansatz von 16,2 Millionen Euro. Die Christdemokraten hatten gefordert, für 2017 mit Gewerbesteuereinnahmen von 17,8 Millionen Euro zu kalkulieren. Wie SPD, FW und FDP betonen, schreibe der Schutzschirmvertrag zwischen der Stadt und dem Land Hessen jedoch vor, dass Prognosen vorsichtig zu treffen und Erträge nur in der Höhe anzusetzen seien, wie sie mit hoher Wahrscheinlichkeit realisiert werden könnten.

„Die Rechnung der CDU ist unseriös und nach den Richtlinien des Schutzschirmvertrags von den Aufsichtsbehörden objektiv nicht genehmigungsfähig“, meint Alexander Best, Fraktionschef der SPD. Für die Regierungskoalition sei das Einhalten der Konsolidierungsziele ganz entscheidend, besonders auch für den Fall, dass mögliche Risiken in den Jahren 2017/18 einträten. Dies könnten etwa geringere Einnahmen aus der Gewerbe-, Einkommens- und Umsatzsteuer oder eine weitere Steigerung der Kreis- und Schulumlage sein.

**Kein Risiko eingehen**

FW-Fraktionvorsitzender Burkhard Ziegler führt aus: „Die CDU setzt bei ihrer Rechnung ausschließlich auf das Prinzip Hoffnung, welches auch dazu beigetragen hat, dass die Finanzen der Stadt in diese dramatische Lage gekommen sind, die uns nun zu den jetzt eingeleiteten Maßnahmen zwingt.“ Eine Verletzung der vertraglichen Schutzschirmverpflichtungen müsse verhindert werden, da sie zu einer Einstellung und Rückabwicklung der Landeshilfen führen könne. Im schlimmsten Fall bedeute dies, dass die vom Land abzulösenden Schulden von rund 18 Millionen Euro wieder von den Bürgern der Doppelstadt zu tragen seien. Dieses Risiko könne und wolle die Koalition nicht eingehen.

„Für Mörfelden-Walldorf ist es wichtig, dass wir mit einer verlässlichen Politik 2018 den Schutzschirm sicher verlassen und weiterhin sowohl Spar- wie Konsolidierungsfortschritte machen“, hebt FDP-Fraktionschef Carsten Röcken hervor. Das Thema Schuldenabbau werde die Stadt auch noch in den nächsten Jahrzehnten beschäftigen. Um die verbleibenden Kassenkredite von fast 50 Millionen Euro zu tilgen, seien jährliche Haushaltsüberschüsse in einer Größenordnung von mehr als eine Million Euro notwendig.

## Aus anderer Perspektive

Die Koalition habe sich darauf verständigt, weitere Spar- und Optimierungsmöglichkeiten in der Verwaltung zu identifizieren. Ziel sei es, mit dem Verlassen des Schutzschirms die Grundsteuer B so schnell wie möglich wieder zu reduzieren, wengleich eine Rückführung auf die Werte vor Eintritt in den Schutzschirm wohl nicht mehr möglich sei. „Abhängig von den künftigen Rahmenbedingungen bleibt es aber das Ziel, die Grundsteuer B soweit wie möglich zurückzunehmen“, betonen die Bündnispartner.

Während die Regierungsparteien auf das erfolgreiche Verlassen des Schutzschirms als übergeordnetes Ziel verweisen, will die DKP/Linke Liste dieses Thema aus einer anderen Perspektive betrachtet wissen. „Die Daumenschrauben des Schutzschirms werden immer wieder als Argument für Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen ins Feld geführt. Aber die Unterzeichnung des Schutzschirmvertrags war von der damaligen rot-grünen Koalition im Rathaus ja gewollt“, gibt Volker Arndt, Stadtverordneter der DKP/Linke Liste, zu Bedenken. Die Haushaltskonsolidierung und das Verlassen des Schutzschirms seien zweifelsohne wichtige Ziele. „Aber nicht, indem die Bürger immer weiter abgezockt werden“, moniert Arndt, dessen Fraktion die Erhöhung der Grundsteuer B strikt ablehnt.

(fnp)

[ Testen Sie jetzt **hier** das digitale Abo der FNP und ihrer Regionalausgaben für nur 5,90 €. ]

---

[Zur Startseite](#)

[Mehr aus Kreise Offenbach/Groß Gerau](#)

**BITTE BEACHTEN SIE:** Unser Angebot dient lediglich Ihrer persönlichen Information. Kopieren und/oder Weitergabe sind nicht gestattet. Hier finden Sie Informationen zur Verwendung von Artikeln. *Quellen:* Mit Material von dpa, afp, kna, AP, SID und Reuters

[Archiv](#) | [Themen](#) | [Mediadaten](#) | [Kontakt](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#) | [RSS](#)

© 2017 Frankfurter Neue Presse